

JAHRESMEDIENKONFERENZ VOM 5.1.2010

Daniel Lampart, Chefökonom SGB

Arbeit und Einkommen für alle statt Party der Aktionäre und Topmanager

Im internationalen Vergleich schlechte Beschäftigungsbilanz der Schweiz

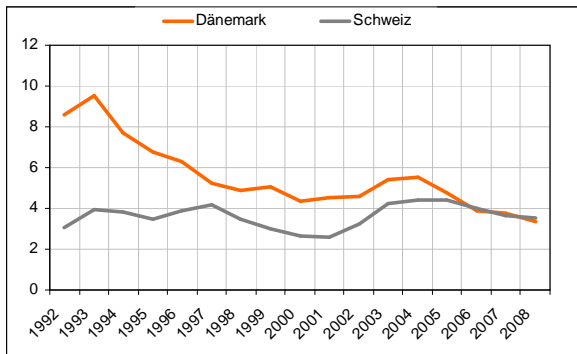
Die Beschäftigungsbilanz der Schweiz in den 1990er und 2000er Jahren ist bedenklich schlecht.

- Die Zahl der Erwerbslosen ist um fast 100'000 Personen gestiegen.
- Die Zahl der Sozialhilfebezüger nahm um rund 150'000 oder um deutlich mehr als 100 % zu – vor allem weil die Betroffenen keine Arbeit oder zu wenig Lohn zum Leben haben.
- Seit 1994 wurden 400'000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert.
- Die Zahl der IV-Renten hat sich mit einer Zunahme von 130'000 fast verdoppelt.

Diese Probleme sind weitgehend selbstverschuldet und nicht durch globale Faktoren verursacht. Denn im selben Zeitraum ging in den übrigen Ländern Europas die Arbeitslosigkeit zurück. Dänemark, eine kleine, offene Volkswirtschaft, senkte die Arbeitslosenquote sogar von 9 auf fast 3 Prozent. Auch was die Zunahme der IV-Renten betrifft, hat die Schweiz einen miserablen Leistungsausweis. Nur in Griechenland war der Anstieg stärker.¹ Die Schweiz ist unterwegs, von einem Spitzenplatz ins europäische Mittelfeld abzusinken. Das bedeutet einerseits grösseres soziales Leid und andererseits deutlich höhere Kosten für die Sozialwerke.

¹ S. die OECD-Statistiken unter <http://www.oecd.org/dataoecd/21/22/42654215.xls>.

Standardisierte Arbeitslosenquote in Prozent



Quelle: OECD

Eine Ursache für die Verschlechterung ist die rezessionsverstärkende Konjunkturpolitik (Geld- und Finanzpolitik) der 1990er Jahre.² Eine andere Ursache ist, dass sich zahlreiche Unternehmen in den 1990er und 2000er Jahren aus der sozialen Verantwortung geschlichen haben.³ Um mehr Profit zu machen, versuchen sie, die Personalkosten auf ein Minimum zu senken und aus den Belegschaften möglichst viel herauszuholen. Sie haben viele Stellen abgebaut. Viele, insbesondere die schwächeren Mitglieder der Belegschaften, sind so auf der Strecke geblieben.

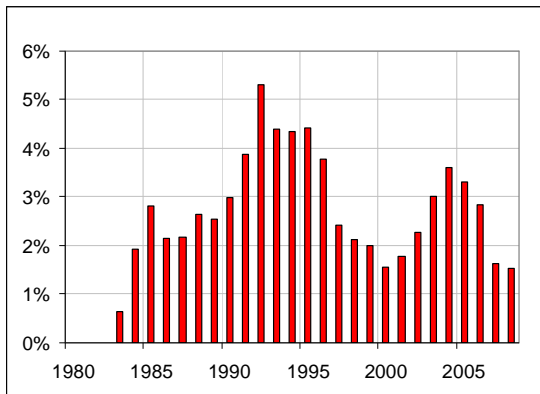
Weniger Arbeitsplätze – mehr Arbeitsstress

Beispielhaft kann das für die Industrie gezeigt werden. Ab den 1990er Jahren wurde stark rationalisiert. EinE Vollzeit-Beschäftigter in der Industrie erwirtschaftete im Jahr 1998 für seinen Arbeitgeber 35'000 Fr. mehr als 1989 (+44 Prozent) – das vor Teuerung. Im historischen Vergleich ist die Zunahme ausgesprochen stark. Die Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung pro rechnerische Vollzeitstelle) wuchs in den 1990er Jahren jährlich mit Raten von 4 bis 5 Prozent, gegenüber etwas über 2 Prozent in den 1980er Jahren. Gemäss Investitionsumfrage der KOF ETH Zürich gaben Mitte der 1990er Jahre über 80 Prozent der Industriefirmen an, Investitionen zur Hauptsache zu Rationalisierungszwecken zu tätigen, gegenüber etwas über 60 Prozent Mitte der 1980er Jahre.

² Lampart, D. (2006): Handlungsspielräume und -restriktionen der Schweizer Konjunkturpolitik in der langen Stagnation der 1990er Jahre, Diss. Uni Zürich.

³ Diese Entwicklung ist noch weitgehend unerforscht. Belege für einen Bruch bei der Struktur der Unternehmensführung in der Schweiz finden sich in Schnyder et al. (2005) : The rise and decline of the Swiss company network during the 20th century, Uni Lausanne.

Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie (gleitender Dreijahresdurchschnitt in Prozent)



Quelle: BFS, KOF, Seco, Berechnungen SGB

Die Folge ist u.a. mehr Stress am Arbeitsplatz – und das nicht nur in der Industrie. Stress macht die Belegschaften krank und belastet am Schluss die IV. Gemäss einer Studie des Seco⁴ hatten 1998 59 Prozent der Erwerbstätigen einen guten Gesundheitszustand – 1988 waren es noch 70 Prozent. Der Anteil der Personen, welche Stresssymptome wie Nervosität, Verspannungen oder Schmerzen aufweisen, hat sich von 1984 bis 1998 fast verdoppelt (Seco 2003: 70). Neuere Zahlen gibt es nicht. Doch dass sich nichts geändert hat, zeigen beispielsweise die extremen Anforderungen ans Personal bei Swisslife: Um ein so genannter „Performer“ zu sein, muss man eine Leistung von 100 bis 130 Prozent bringen⁵.

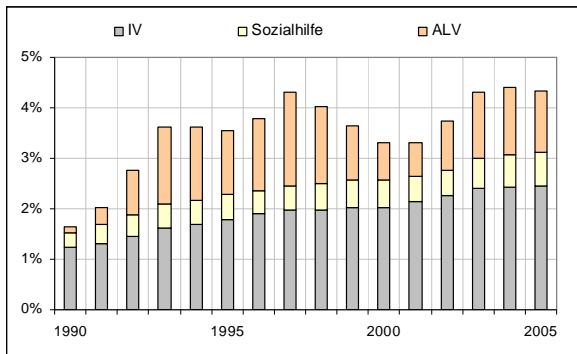
Aktionäre und Topmanager profitieren, die Allgemeinheit zahlt

Dieser Rückzug von Firmen aus der sozialen Verantwortung bedeutet eine Auslagerung der Kosten von den Firmen auf die Allgemeinheit. Oder umgekehrt: Indem die Allgemeinheit die sozialen Folgekosten der Unternehmen tragen muss, subventioniert sie die Aktionäre der Firmen, die eine höhere Rendite einstreichen. Der Anteil der Ausgaben der IV, der Sozialhilfe und der ALV am Bruttoinlandsprodukt haben sich von Anfang der 1990er Jahre bis heute ungefähr verdoppelt. Das sind über 10 Mrd. Fr. Mehrausgaben pro Jahr.

⁴ Ramaciotti, D. und J. Perriard (2003): Die Kosten des Stresses in der Schweiz. Studie im Auftrag des Seco.

⁵ S. das Referat „Performers and Non-Performers“ als Normkategorien?, von Regula Mäder Steiner, Head HR Advisory Services Swisslife, an der Avenir Suisse-Tagung „Arbeitsmarktfähigkeit und Existenzsicherung in der Dienstleistungsgesellschaft“ vom 28. Mai 2008. http://www.avenir-suisse.ch/content/events/080528-iv-tagung-2/mainColumnParagraphs/0/refDocument5/maeder_steiner.pdf

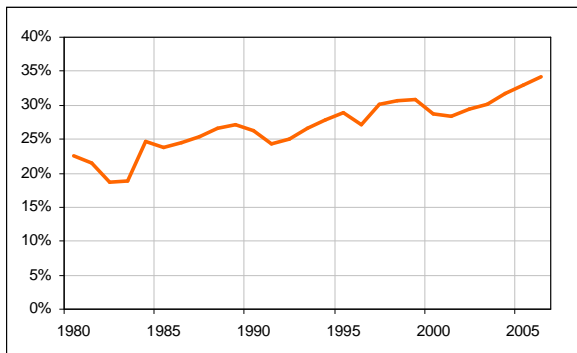
Anteil der Ausgaben von IV, Sozialhilfe und ALV am BIP



Quelle: BFS, BSV, Seco, Berechnungen SGB

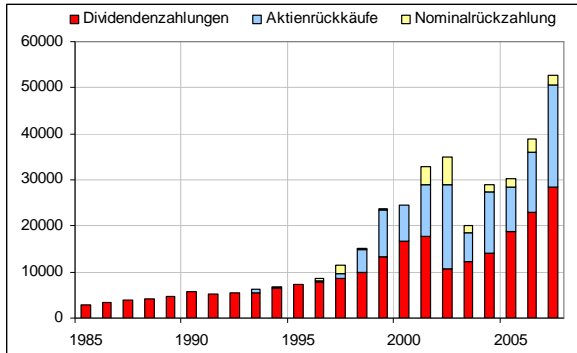
Die Gewinner sind die Aktionäre und ihre Handlanger, die Top-Manager. Die Renditen der Firmen, die Ausschüttungen an die Aktionäre und die Gehälter in den Teppichetagen haben deutlich zugenommen. Die Gewinnquote in der Industrie, ein Mass für die Margen, ist von 1990 bis heute um rund ein Drittel gestiegen. Und die Ausschüttungen an die Aktionäre begannen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre steil nach oben zu zeigen – wie das Beispiel der kotierten Schweizer Firmen zeigt.

Gewinnquote in der Schweizer Industrie
(Bruttobetriebsüberschuss in Prozent der Wertschöpfung)



Quelle: BFS, KOF, Berechnungen SGB

Ausschüttungen an Aktionäre der kotierten Schweizer Firmen (Millionen Franken)



Quelle: Vontobel

Dahinter steckt die Ideologie des hohen, kurzfristigen Gewinns, die sich in den 1990er Jahren unter dem Namen des „Shareholder Value“ zu etablieren begann und in den 2000er Jahren mit den extremen Eigenkapitalrenditen und Managerboni ihre Blüte hatte. Bei der Jagd auf hohe kurzfristige Renditen gingen die Manager enorme Risiken ein – betriebswirtschaftliche wie soziale. Der Stress im Finanzsystem seit Mitte 2007 steht daher mit dem Stress in der Realwirtschaft seit den 1990ern in enger Verbindung.

Weniger soziale Sicherheit führt zu höherer Arbeitslosigkeit

In den 2000er Jahren erhöhte sich der Druck auf die Arbeitnehmenden weiter, indem zusätzlich zum grösseren Stress in den Betrieben nun auch noch bei den Sozialversicherungen die Schraube angezogen wurde. Bei der Arbeitslosenversicherung wurde die Bezugsdauer gesenkt und die minimale Beitragsdauer erhöht. In der IV wurde die Gewährung von Neurenten durch einen restriktiveren Vollzug deutlich erschwert. Und die Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre führte dazu, dass erwerbstätige Frauen länger auf die AHV warten mussten. Das hatte starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der restriktivere IV-Vollzug und das höhere AHV-Alter der Frauen führte dazu, dass heute 50'000 bis 100'000 Personen mehr auf dem Arbeitsmarkt sind als unter den alten Regelungen, was die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt. Gleichzeitig führte die Senkung der ALV-Bezugsdauer über mehr Aussteuerungen zusammen mit dem restriktiveren IV-Vollzug zu einer Verlagerung auf die Sozialhilfe.

Wende für eine gerechtere und effizientere Wirtschaft

Die gegenwärtige Krise würde eine Wende für eine gerechtere und effizientere Wirtschaftspolitik ermöglichen. Erste Ansätze sind zu erkennen. In Politik und Wissenschaft herrscht Konsens, dass künftige Krisen nur mit strengerer Regulierung zu verhindern sein werden. Die Konjunkturprogramme – vor kurzem noch des Teufels – erweisen sich als sehr wirksam. Und der Steuerwettbewerb zugunsten von Reichen und Unternehmen ist erlahmt. Grossbritannien und Irland

erhöhen die Spitzensteuersätze, Lettland wird seine Flat-rate-tax auf Druck des IMF durch progressive Steuertarife ersetzen und die hohen Boni sollen in Grossbritannien und Frankreich mit einer Steuer von 50 Prozent belastet werden. Doch ohne klaren politischen Willen wird sich die Lage nicht ändern. Denn auf der anderen Seite werden die Weichen bereits gestellt, dass das Spiel, in welchem das Kapital wieder als Gewinner hervorgeht, weitergeht.

- Die UBS füllt das Bonus-Füllhorn für die Topmanager und Investmentbanker und will gleichzeitig 1200 bis 1500 Leute entlassen.
- Die Nationalbank bildet Rückstellungen für künftigen Bankencrash, statt das von den Banken selber zu verlangen. Bezahlen sollen einmal mehr Bund und Kantone.
- Nach den Steuersenkungen für Unternehmen und hohe Einkommen folgen die Sparmassnahmen beim Bund, bei Kantonen und Gemeinden. Der Kanton Zürich hat z.B. die KV-Prämienverbilligungen sogar gesenkt.
- Die Arbeitslosigkeit steigt stark, nachdem die Aktionäre Gewinne gemacht haben.

In der Schweiz stehen mit dem Referendum gegen die Senkung des Mindestumwandlungssatzes, den Revisionen von ALV und AHV, aber auch der IV, harte Auseinandersetzungen um den Sozialstaat bevor. Erstmals droht ein Leistungsabbau zu Ungunsten der Versicherten auf breiter Basis. Der SGB wird das bekämpfen. Aktionäre und Firmen haben ihre Profite in der Vergangenheit auf Kosten der Sozialwerke erhöht. Nun müssen sie in die Pflicht genommen werden. Nicht die versicherten ArbeitnehmerInnen sollen über einen Abbau der Leistungen bezahlen müssen. Die ALV muss über Beitragserhöhungen mit Beteiligung der Arbeitgeber bezahlt werden. Und bei der IV müssen die Arbeitgeber endlich verbindlich in die Pflicht genommen werden. Ohne Beteiligung der Arbeitgeber an den sozialen Kosten, haben diese kein Interesse, die auf den kurzfristigen Profit orientierte Geschäftspolitik zu ändern.

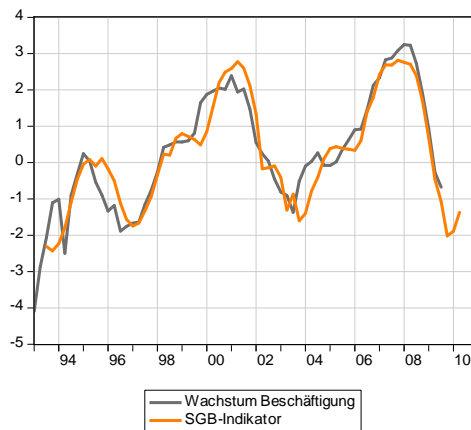
Arbeitslosigkeit droht auf Höchststand zu steigen

Innert Jahresfrist ist das BIP in den meisten Weltregionen stark gefallen. Das mit einem Minus von 4.2 Prozent auch in der EU, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Das leichte Wachstum von 0.3 Prozent im 3. Quartal gegenüber dem 2. Quartal 2009 hat daran nichts Wesentliches geändert, zumal die Triebkräfte dieser Zunahme vor allem die Konjunkturprogramme sowie das Auslaufen des Lagerabbaus in den Firmen sind. Die Firmen leiden nach wie vor unter grossen Überkapazitäten und die Arbeitslosigkeit ist am Steigen. Um wieder auf Normalauslastung zu kommen, wäre ein Wachstum der EU-Wirtschaft von 5 Prozent und mehr notwendig. Woher ein so starkes Wachstum auf die Schnelle kommen soll, ist aber unklar. Aufgrund der Überkapazitäten werden die Firmen nur das Nötigste investieren und die hohe Arbeitslosigkeit frisst Kaufkraft, was den Konsum belasten wird. Dazu kommt der überhastete Abbau der Staatsdefizite, obwohl völlig unklar ist, in welchem Mass die Defizite von Dauer, d.h. krisenunabhängig sind. Mit Sicherheit ist ein grosser Teil durch konjunkturell gesunkene Steuereinnahmen verursacht. Ein anderer Teil rührt von Staatsinterventionen im Finanzsektor her, aus denen bereits wieder Geld in die Staatskassen zurückfliesst oder noch fliessen wird (z.B. TARP in den USA).

Ohne ein starkes Wachstum in der EU werden die Konjunkturprobleme in der Schweiz anhalten. In der Binnenwirtschaft droht sogar eine zusätzliche Verschlechterung. Die Lohnerhöhungen von rund 1 Prozent reichen nicht, um die höhere Teuerung und die um rund 10 Prozent höheren Krankenkassenprämien zu kompensieren. Das Parlament hat sich geweigert, Prämienverbilligungen zur Entschärfung des Problems zu beschliessen. Dazu kommen Sanierungsbeiträge für Pensionskassen. Die Kaufkraft schwindet und so droht die Konjunkturstütze Konsum wegzubrechen. Auch beim Bau machen sich mittlerweile Rezessionszeichen bemerkbar. Die Auftragseingänge sinken, insbesondere im Gewerbebau. Der SGB rechnet im laufenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 0.3 Prozent und einer Teuerung von 0.7 Prozent. Dieses Wachstum liegt unter dem Produktivitätswachstum. Die Beschäftigung wird daher sinken. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 5.2 Prozent betragen.

SGB-Beschäftigungsindikator und Wachstum der Beschäftigung

(Veränderung geg. Vorjahr in Prozent)



Arbeitslosigkeit durch 50%-Bonisteuer und Bildungsoffensive bekämpfen

Gegen Ende 2010 werden deutlich über 200'000 Personen als arbeitslos registriert sein. So viele wie noch nie. In den Kantonen Genf und Neuenburg wird jedeR Achte auf Stellensuche sein. Besonders beunruhigend ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmenden. Die Zahl der neuen Stellensuchenden (Alter 55+) stieg im November um 12 Prozent gegenüber 8 Prozent bei den Stellensuchenden insgesamt. Ältere Arbeitnehmende haben im Falle einer Entlassung nur geringe Chancen, überhaupt wieder eine Stelle zu finden.⁶

Arbeitslosigkeit kann über zwei Seiten bekämpft werden – über die Nachfrage- oder die Angebotsseite. Nachfrageseitig wirken Massnahmen dann, wenn die Arbeitgeber mehr Arbeitskräfte

⁶ Wyss, S. (2009): Displaced by globalisation: chance or threat? A case study, Mimeo Uni Basel. <http://www.etsg.org/ETSG2009/papers/wyss.pdf>

einstellen. Angebotsseitig heisst, dass weniger Arbeitnehmende eine Stelle brauchen. Die bisherige Bilanz der Schweizer Konjunkturstabilisierung ist absolut ungenügend. Im Voranschlag 2010 hat das Parlament sogar 400 Mio. Fr. weniger ausgegeben, als es unter der Schuldenbremse hätte ausgeben können.

Auf der Nachfrageseite steht die Stabilisierung der Kaufkraft im Vordergrund. Mit einer Steuer von 50 Prozent auf die hohen Managerboni⁷ kämen – konservativ geschätzt - rund 2 Mrd. Fr. an Einnahmen zusammen, die an Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen ausgeschüttet werden können. Für eine 4-köpfige Familie macht das mehr als 1000 Fr. aus. Das gäbe einen Konsumimpuls von ca. 0.5 BIP-Prozenten. Die Banken haben sich bereits auf die Boni-Steuer eingestellt.⁸ Es gibt kein Argument für ein Abseitsstehen der Schweiz. Weiter braucht es ein Investitionsprogramm⁹, denn gemäss der Finanzstatistik der Eidg. Finanzverwaltung planen Kantone und Gemeinden Ausgabenkürzungen von rund 1.5 Mrd. Fr. Mit einer Erhöhung der Taggelder auf 520 Tage würde nicht nur die Kaufkraft weiter gestützt, sondern es werden auch Aussteuerungen verhindert.

Damit weniger Erwerbstätige eine Stelle brauchen, braucht es eine Bildungsoffensive. Keine zwei Jahre ist es her, als die Unternehmen und der Bundesrat den Fachkräftemangel beklagten, im Gesundheitswesen ist die Situation nach wie vor akut. Die Krise muss für eine Bildungsoffensive genutzt werden. Der Handlungsbedarf ist gross:

- Fast die Hälfte der Beschäftigten mit Lehre arbeitet nicht mehr auf dem gelernten Beruf. In der Informatik sind es 70 Prozent.¹⁰
- 20 Prozent der Personen mit ausländischem Pass verlassen das Schweizer Bildungssystem ohne Abschluss.
- Die Weiterbildungschancen von Arbeitnehmenden über 50 Jahre sind deutlich geringer als diejenigen ihrer jüngeren KollegInnen.¹¹

Die Instrumente sind vorhanden, drohen aber Sparmassnahmen zum Opfer zu fallen, wie die jüngste Kürzung von 5 Mio. Fr. für die Fachhochschulen im Kanton Zürich zeigt. Der Bund muss organisatorisch und finanziell dafür sorgen, dass die Instrumente eingesetzt werden. Beispiele sind:

- Nachholbildung für Erwerbstätige ohne Berufsabschluss
- Validation von beruflichen Fähigkeiten in allen Branchen
- Nachholen der Berufsmatura von Lehrabgängern
- Ausbau der Programme nach Berufsmaturität (Passarelleangebote etc.)
- Weiterbildung von älteren Arbeitnehmenden

⁷ Anteil Boni an Lohnsumme gemäss Lohnstrukturerhebung 2008: 5.5 Prozent. Gesamtlohnsumme 2008: 330 Mrd. Fr. Gemäss Lohnstrukturerhebung 2004 geht der grösste Teil der Boni an SpezialistInnen und Kader. Beispiel Bankensektor: Rund 20 Prozent der Beschäftigten sind in der Kategorie „schwierigste Tätigkeiten“. Diese erhielten 2004 einen durchschnittlichen Bonus von rund 90'000 Fr., wobei die Spitzensaläre in der Lohnstrukturerhebung nicht enthalten sind. Die Summe dieser Boni alleine beträgt fast 2 Mrd. Fr.

⁸ S. die Aussagen von Josef Ackermann, Geschäftsführer der Deutschen Bank, in der Financial Times vom 17.12.2009.

⁹ S. SGB-Investitionsprogramm vom 20. Jan. 09.

¹⁰ Sheldon, G. (2008): Die Rolle der Berufsbildung in der Bekämpfung des Fachkräftemangels, Studie im Auftrag des BBT.

¹¹ Riphahn, R. und G. Sheldon (2006): Arbeit in der alternden Gesellschaft, Zürich.

Das Ausland schläft nicht. Ein grosser Teil der EU-Mitglieder hat Massnahmen im Bildungsbereich ergriffen.¹² Das auch mit dem Ziel, die Belegschaften für die Zeit nach der Krise vorzubereiten. In Luxemburg beispielsweise erhalten Beschäftigte in Kurzarbeit 90 statt 80 Prozent des Lohnes, wenn sie an Bildungsmassnahmen teilnehmen. Über das Instrument der „job maintenance plans“ können auch Beschäftigte in Firmen mit strukturellen Problemen von Weiterbildungsmassnahmen profitieren, ohne dass sie das Arbeitsamt aufsuchen müssen. In den Niederlanden werden Validation-des-acquis-Programme vorangetrieben. Wenn die Schweiz diese Entwicklung verschläft, wird sie im nächsten Aufschwung wieder unter Fachkräftemangel leiden.

Zur Verhinderung von Entlassungen ist weiterhin auf das Erfolgsmodell der Kurzarbeit zu setzen. Der Bundesrat muss eine Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate beschliessen, damit die Firmen rechtzeitig planen können. Das ist bereits in Deutschland und Luxemburg der Fall.

In der MEM-Industrie sind innert Jahresfrist bereits über 15'000 Stellen verloren gegangen. Es ist zu befürchten, dass die Unternehmen im laufenden Jahr weiteres Personal entlassen wollen. Es braucht daher Massnahmen für Arbeitnehmende in Firmen mit existenziellen oder strukturellen Schwierigkeiten. Diese sollen ihren Arbeitsvertrag behalten können und die Möglichkeit erhalten, eine Standortbestimmung, Umschulung oder Weiterbildung zu besuchen, ohne dass sie arbeitslos sind. Der Bund soll sich finanziell daran beteiligen. Entsprechende Massnahmen in Deutschland haben sich als erfolgreich erwiesen.¹³ Die Betroffenen fanden rascher eine Anstellung, als wenn sie sich als arbeitslos hätten registrieren müssen.

Keine Wechselkursexperimente der Nationalbank

Bei der Lagebeurteilung vom 10. Dezember hat die Nationalbank angekündigt, nur noch bei einer "übermässigen Aufwertung" des Frankens gegenüber dem Euro zu intervenieren. Das war eine Einladung an die Spekulanten, den neuen Spielraum zu testen. Der Franken hat sich seither gegenüber dem Euro von 1.51 auf fast 1.48 aufgewertet. Und das, obwohl der Franken bereits in den letzten zwei Jahren gegenüber den wichtigsten Währungen deutlich zugelegt hat (handelsgewichtet seit Mitte 2007 um fast 15 Prozent). Diese Experimente der Nationalbank sind ein weiteres Risiko für die Schweizer Exportwirtschaft. Ihr Nutzen ist hingegen null. Darum müssen sie sofort gestoppt werden. Die SNB muss einen Franken/Euro-Kurs von über 1.50 halten.

Nur eine soziale Wirtschaft ist auch eine effiziente Wirtschaft

Arbeitslosigkeit verursacht nicht nur soziales Leid bei den Betroffenen, sondern vernichtet auch wirtschaftliche Ressourcen und zwar dauerhaft. Neuere Untersuchungen – selbst der OECD – zeigen¹⁴: Wer arbeitslos war, hat später ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko und schlechtere Verdienstaussichten, z.B. weil Qualifikationen verloren gehen oder weil Arbeitslosigkeit von den

¹² EU-Kommission (2009): Recovering from the crisis, Luxemburg.

¹³ Deeke, A. und C. Ohlert (2009): Qualifizierungsmaßnahmen während Kurzarbeit nach endgültigem Arbeitsausfall, IAB Forschungsbericht 3/2009.

¹⁴ OECD (2009): Employment Outlook, Paris. Bell, D. und D. Blanchflower (2009): What Should Be Done About Rising Unemployment in the OECD? IZA Discussion Paper 4455.

Arbeitgebern in Lebensläufen als Malus interpretiert wird. Arbeitslosigkeit führt zu „Narben“ in Form von geringeren Chancen in der Erwerbslaufbahn.

Die Schweizer Wirtschaftspolitik hat es in der Hand, mit einer Stabilisierungspolitik anstelle einer Vernichtung von Kaufkraft und einer Bildungsoffensive den Wohlstand von morgen zu sichern. Bisher kamen fast ausschliesslich die Aktionäre und Obligationäre der Grossbanken in den Genuss dieser Stabilisierung. Ohne Wende in der Politik werden die Arbeitnehmenden für die Krise bezahlen müssen, während die Teppichetagen in den Banken die nächste Party steigen lassen. Gleichzeitig ist der nächste Leistungsabbau bei der sozialen Sicherheit vorgesehen. Damit sind Bundesrat und Parlament auf dem Weg, die schlechte Bilanz der Schweiz in der Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der 1990er und 2000er Jahre fortzusetzen. Der SGB wird im kommenden Jahr gegen diese Politik kämpfen. Und er wird die Bevölkerung, die unter dieser Politik leidet, hinter sich wissen.